

Haushaltsrede zur Beratung und Verabschiedung des Haushalts 2016 am 07.12.2015 – Rede des Fraktionsvorsitzenden

Prof. Dr. Johannes Grabmeier

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat von Deggendorf,

Steuereinnahmen

wie schnell ist dieses Jahr 2015 vergangen! Vor genau einem Jahr haben wir hier einstimmig den Haushalt für 2015 beschlossen. Kurz vorher waren die Zuwachsraten der Steuerschätzungen nach unten korrigiert worden. Insbesondere auch bei den Gewerbesteuereinnahmen für 2015 sollte es um 1,7 % nach unten gehen. Die nicht auszuschließenden Befürchtungen Ende letzten Jahres, dass es 2015 deswegen zu Problemen kommen könnte, sind aber nicht eingetreten! Im Gegenteil, wir alle, die wir hier im Stadtrat von Deggendorf Verantwortung für Deggendorf tragen, können zufrieden feststellen, dass das Steueraufkommen weiter gestiegen ist. Auf Grund der aktuellen Zahlen von 2015 und den Steuerschätzungen werden im Haushaltsentwurf 2016 Einnahmenezuwächse von mehr als 2,2 Mill. Euro erwartet. Spitzenreiter bei den absoluten Zahlen ist mit 1,2 Millionen Euro Zuwachs der Anteil an der Einkommenssteuer, dann folgen Gewerbesteuer- und Umsatzsteuer. Mit 250.000 Euro Zuwachs, einer Steigerung von 22,73 % liegt die Überlassung eines Anteils der Grunderwerbssteuer relativ gesehen an der Spitze.

Grundstückspreise

Das liegt mit Sicherheit besonders auch daran, dass die Quadratmeterpreise für Grund in Deggendorf in den letzten Jahren deutlich angezogen haben. Denkt man hingegen an die Aufgabe der Politik, dass künftig wieder verstärkt günstiger Wohnraum zu schaffen ist und dass der Bau von Sozialwohnungen zu fördern ist, um das weitere Aufgehen der Schere zwischen Arm und Reich einzudämmen und die notwendige Integration der Flüchtlinge zu befördern, dann hat dieser so erfreuliche Steuerzuwachs auch eine Schattenseite. Erfreulich ist hier festzustellen, dass die Stadtbau GmbH ja nach Jahren jetzt wieder Neubauten in Angriff nehmen will!

Grunderwerb der Stadt

Letztes Jahr habe ich begrüßt, dass es eine Steigerung beim Haushaltsansatz von fast 1,5 Millionen Euro für Grundstückserwerb gab! Das war ein wichtiger Schritt für unsere Forderung aus unserem Wahlprogramm: „Unsere Stadt muß gestaltende Chancen durch Grunderwerb nutzen. Dazu ist u.a. eine finanzielle Aufstockung für die Bodenbevorratung notwendig! Bedarfsgerechte Nutzung für Wohnungen, sozialen Wohnungsbau, Gewerbe und Unternehmensansiedlungen werden erleichtert.“ Der Erwerb von Grund und Boden durch die Stadt ist sicher in Deggendorf nicht einfach. Insofern bedauern wir hier aber doch und kritisieren, dass der Ansatz ausgerechnet hier wieder auf 1,245 Millionen Euro zurückgefahren wurde.

Dank an Herrn Sterr

Herr Sterr hat als designerter Kämmerer mit dem heute zur Beratung anstehenden Entwurf des Haushalts 2016 sein Erstlingswerk abgeliefert und wir sind in den Eckpunkten sehr zufrieden damit. Herzlichen Dank, dass Sie uns Ihre Erkenntnisse und Überlegungen ausführlich und engagiert im Rahmen unserer Fraktionssitzung dargestellt haben und dabei sich intensiven Diskussionen gestellt haben.

Reform beim Kommunalen Finanzausgleich

Insbesondere hat er uns ausführlich die Veränderungen bei der Ausgabeseite auf Grund der Reform beim Kommunalen Finanzausgleich nahe gebracht. Wir haben in Deggendorf einen Grundsteuerhebesatz von 310 % und einen Gewerbesteuerhebesatz von 350 %. Bisher galt ein einheitlicher bayernweit nivellierender Hebesatz zur Berechnung der Finanzkraft einer Kommune von 250 % bzw. von 300 %, der nun einheitlich auf 310 % angehoben wurde (alles darüber nochmals 10 %). Allein dadurch hat sich die Steuerkraft von Deggendorf rein rechnerisch – und nur rein rechnerisch – bei den Zahlen von 2013 um 5,7 % erhöht.

Das hat vor allem aber hat es negative Auswirkungen bei der Kreisumlage. Würde die Kreisumlage, die im letzten Jahr von 47 auf 48 % erhöht wurde, wieder in dieser Höhe festgesetzt werden, dann würde das einen absolute Ausgabenzuwachs von fast 2,2 Mill. Euro für Deggendorf bei der Kreisumlage bedeuten, für den Landkreis wäre insgesamt eine Erhöhung um fast 8 Millionen Euro zu verzeichnen. Herr Sterr hat ausgerechnet, dass bei einer Senkung auf 41 % der absolute Betrag für den Landkreis gleich bliebe. Selbstverständlich sehen wir alle, dass auch der Landkreis zur Bewältigung der Aufgaben auf Grund der hohen Flüchtlingszahlen mehr Geld braucht. Aus diesem Grund ist im Entwurf unseres Haushalts eine deutliche Erhöhung des auf Grund der oben genannten Reform des kommunalen Finanzausgleichs rechnerisch angepassten Hebesatzes von 41 % auf 44 % als mehr als faires Signal an den Landrat und den Kreistag angesetzt worden.

Appell an Kreis- und Bezirksräte

Wir fordern Landrat und Kreistag auf, der Versuchung zu widerstehen und es bei einem Zuwachs von 3,5 Millionen Euro absolut zu belassen, davon wären allein von der großen Kreisstadt Deggendorf knapp ein Drittel beizutragen. Herr Sterr hat weiter sehr eindrucksvoll aufgezeigt, dass die Steuerkraft je Einwohner von Niederbayern sich bis 2014 auf den dritten Platz nach Oberbayern mit München und Mittelfranken mit Nürnberg vorgearbeitet hat. Bei der rechnerischen Finanzkraft hingegen liegt Niederbayern an der vorletzten Stelle und zwar deshalb, weil Landkreise und der Bezirk sich hier über Gebühr bedienen. Das sei dem Landrat und dem Kreistag, aber auch dem Bezirkstag ins Stammbuch geschrieben.

Das sei aber auch allen hier anwesenden und nicht anwesenden Kreis- und Bezirksräten aus der Stadt Deggendorf besonders ans Herz gelegt. Die Zahl von 44 % ist mehr als fair, alle, die heute dem Haushalt 2016 zustimmen, sollten sich klar darüber sein, dass sie damit auch zu dieser Zahl von 44 % stehen. Wir erwarten daher von all unseren Kreisräten, dass sie sich dafür einsetzen und noch höhere Zahlen, zu denen man sich kaum weitere Argumente vorstellen kann, ablehnen werden und nicht etwa einem Fraktionszwang im Kreistag mit vielleicht weiteren an den Haaren herbeigezogenen Argumenten erliegen.

Haushalt als in Zahlen gegossene Politik

Haushalt wird oft als in Zahlen gegossene Politik bezeichnet. Das stimmt sicherlich, da wir durch den Haushalt festlegen, wo wir Schwerpunkte für Investitionen setzen. Nüchtern muss man allerdings in der Kommunalpolitik schon feststellen, dass viele Punkte, auch Eckpunkte, schlicht von außen gegeben sind und damit nicht unserer politischen Gestaltungskraft unterliegen. Der sicher mühsamere Teil der Entwurfsarbeit in der Verwaltung ist es auch, diese Daten zusammenzusammeln.

AKDB-Auswertungssoftware für die Haushaltszahlen

Dazu kommt, dass anscheinend die Software, die der Softwarehersteller für kommunale Prozesse, die AKDB, hier zur Verfügung stellt im Sinne der Benutzerfreundlichkeit sehr zu wünschen übrig lässt. Nicht nachvollziehbar ist es, dass beispielsweise die November-Steuerschätzung nicht mehr in das Zahlenwerk eingepflegt werden kann, da

man dann zu vieles neu machen müsste, statt, dass die Software bei Korrektur einer Zahl auf Grund der neuen Schätzdaten, alle davon abhängigen anderen Zahlen automatisch neu berechnet. Schon im letzten Jahr hatte ich folgenden Wunsch geäußert, den ich heuer wiederhole: „Für die Zukunft wünsche ich mir, dass man prüfen möge, ob man künftig nicht nur eine Liste von PDF-Dateien elektronisch den Stadträten zur Verfügung stellen kann, sondern ein System zur Abfrage, Zusammenfassung und zu Statistiken zu den einzelnen Positionen und Werten.“ Diese Forderung geht, so kann ich heuer ergänzen, Hand in Hand mit zu schaffenden Möglichkeiten auch für die Finanzabteilung selbst, einfacher und effizienter den Haushaltsentwurf zu entwickeln. Ich bitte also darum, diesen Gedanken, der sowohl für die Verwaltung als auch für uns Stadträte enorme Vereinfachungen bringen würde, offensiv weiter zu verfolgen und gemeinsam mit Städtetag und Gemeindegang als Verbündete bei der AKDB in dieser Hinsicht vorstellig zu werden.

Kreditaufnahme

Auch heuer gibt es keine Netto-Kreditaufnahmen. Das ist gut so! Dennoch auch hier erneut der Hinweis aus dem letzten Jahr: Es kann sinnvoll sein, Kredite aufzunehmen schlicht um größere Projekte für die Entwicklung der Stadt zu stemmen. Breiter Konsens und ein Plan zur Tilgung so schnell wie eben möglich sind die Voraussetzungen dafür, keinesfalls darf aber Tilgung für so ein Projekt auf die nächste oder übernächste Generation verschoben werden.

Wert von Prognosen

Über die vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Prognosen für die nächsten 5 Jahre spreche ich nicht. Wie viel die wert sind, sieht man am Beispiel des Rückkaufs des Eisstadions. Obwohl das schon letztes Jahr mehr als klar war, dass man das in dieser Zeitspanne zurückkaufen muss, stand nichts in den Prognosen. Für 2016 steht es nun im Entwurf und das ist gut so.

Kompetenzübertragung auf den Oberbürgermeister

Wenn ich mich recht erinnere, hieß es damals, da gibt es noch keinen Beschluss. Ja, das stimmt! Jedoch im Haushalt beschließen wir die potenzielle Ausgaben, die zu einem Thema grundsätzlich möglich sind. Aber damit ist das Thema noch nicht konkret beschlossen. Die Hinweise, falls es schon Beschlüsse gibt, stehen ja im Entwurf der Pläne in der Regel in den Anmerkungen. Dennoch passieren Maßnahmen, von denen keiner weiß, wann sie je beschlossen wurden. Ich stellte die Frage danach in der Fraktion und bei anderen Stadtratskollegen als ich in der Zeitung las, dass jetzt eine Seite des Bogenbachdamms geteert wird. Das ist sicher für junge Eltern mit Kinderwagen ein Vorteil, ebenso für alte Menschen mit einem Rollator. Auf der anderen Seite gibt es aber Kollegen, die die weitere Versiegelung der Landschaft beklagen. Ein typischer Interessenskonflikt, zu dem die Argument ausgetauscht gehört hätten!. Aber dazu ist es nicht gekommen. Geht man der Sache nach, warum das so sein kann, so stellt sich heraus, dass wir in der Geschäftsordnung im vergangenen Jahr die Finanzkompetenz des Herrn Oberbürgermeisters von früher 150.000 Euro bei Anna Eder auf nun 250.000 Euro erhöht haben, wenn wir im Haushalt wie in diesem Fall die grundsätzlichen Voraussetzung geschaffen haben. Mit Hilfe seiner Stadtratsmehrheit hat sich der Herr Oberbürgermeister also ein Stück weit unabhängiger vom Stadtrat und damit mächtiger gemacht. Den Effekt sieht man ja auch daran, dass noch nie so viele Sitzungen ausgefallen sind wie in dieser Amtsperiode. Wir könnten das noch weiter treiben, dann braucht es keinen Stadtrat mehr das Jahr über. Uns einmal im Jahr zur Haushaltsverabschiedung zusammenrufen würde dann reichen. Wie einfach wäre das Durchregierung dann, Herr Oberbürgermeister!

Politik ohne Zahlen

Haushalt wird oft als in Zahlen gegossene Politik bezeichnet. Die Umkehrung stimmt hier auf keinen Fall und das will ich jetzt herausarbeiten. Denn nicht alle Aspekte der Politik und des Politikstils spiegeln sich in Zahlen wider.

Die Haushaltsdebatte ist aber traditionell die Gelegenheit auch diese Aspekte anzusprechen!

Bürgerbeteiligung

Wir haben in diesem Jahr nach 15 Jahren für die Bürger die Gelegenheit geschaffen, selbst wieder einmal eine wesentliche Entscheidung zu treffen. Das hat viel Mühe und Aufwand gekostet. Wir haben das aber gerne und überzeugt gemacht und haben uns jeden Samstag in der Kälte im Dezember und Anfang Januar ins Zentrum gestellt, um Unterschriften dazu zu sammeln. Einige von uns sind dazu auch von Haus zu Haus gegangen. Hier haben wir viel Zuspruch für unser Anliegen erlebt, aber auch viel Frustration wahr genommen Herr Kollege Hohenberger. Wir haben die Frustration der Bürger wahrgenommen, die uns gesagt haben, „der macht doch sowieso was er will“, oder „die Politiker hören doch ohnehin nicht auf uns“. Das ist Frust, den auch die Parteien mitzuverantworten haben. Und das ist bitterer Ernst.

Denn das ist eine Gefahr für unsere Demokratie, und da haben wir die Pflicht und Schuldigkeit etwas dagegen zu setzen. Das Bürgerbegehren auf Grund der Initiative von 3 von 41 Mitgliedern im Stadtrat hat die Mehrheit der Ja-Stimmen erzielt. Natürlich zählt das nichts, denn das vom Gesetzgeber viel zu hoch angesetzte Quorum wurde nicht erreicht. Das Ziel des Ratsbegehrens, die Bürger zu verwirren, wurde hingegen sicher erreicht – und dabei hat daher auch noch weniger gefehlt zum Quorum: Wer aber, wie Sie und andere Herr Oberbürgermeister, daraus ableiten, dass das ein Votum der Bürger für ein Hochhaus gewesen sein soll, der fördert durch eine solche unzutreffende Schlussfolgerung diese Frustration und das Gefühl der Bürger, dass man sowieso nichts machen kann.

Entwicklung einer echten Bürgerbeteiligungskultur

Auch um dieser demokratiegefährdenden Frustration entgegenzuwirken, haben wir beantragt im Haushalt 2016 Gelder bereitzustellen, damit wir hier in Deggendorf einen Prozess echter Bürgerbeteiligungskultur entwickeln. Herr Oberbürgermeister Dr. Moser, was machen Sie: statt die Idee aufzugreifen und dieses Anliegen zu einem gemeinsamen zu machen, lassen Sie Herrn Weeber zusammenstellen, wo immer es Begegnungen von Ihnen mit den Bürgern gibt. Das ist ja auch alles in Ordnung, aber das hat nichts mit dem zu tun, was hier unsere Intention war und immer noch ist. Mit leuchtenden Farben hat die Bürgermeisterin von Neumarkt in der Oberpfalz uns solche Aktivitäten dort Anfang 2014 beschrieben. Die Bürgerinnen und Bürger werden in einem Prozess eingebunden zu einem Thema, das noch nicht entschieden ist. Dort können sie ihre Gedanken und Ideen einbringen und zur Lösungsfindung beitragen. Selbstverständlich bleibt die letzte Entscheidung beim Stadtrat.

Diese Chance wurde vertan. Sie wird nicht dadurch wettgemacht, dass Sie die gesetzliche vorgeschriebene Bürgerversammlung zum Infotainment-Event ich sage mal „weiterentwickelt“ haben! Wir werden an dieser Idee festhalten. Es ist traurig, dass in einem Haushalt von mehr als 90 Millionen Euro die Mehrheit im Verwaltungsausschuss keinen Betrag einstellen will, um echte Bürgerbeteiligung z.B. bei einer Weiterentwicklung eines Konzeptes beispielsweise zu den Radwegen in Deggendorf professionell zu entwickeln und zu begleiten. Die Bürger werden irgendwann Ihre Verweigerungshaltung, die der CSU-Fraktion und auch die der SPD dazu bewerten dürfen.

Gedanken zu „Demokratie leben!“

Wir haben auch wieder ein Programm „Demokratie leben!“ in Deggendorf. Hier bringt man es aber fertig, dass undemokratisch ein nicht legitimes Gremium ohne gültige Satzung einen Vorsitzenden schon mal vorab wählt. Die Arbeit gegen Fremdenfeindlichkeit und gegen rechte Aktivitäten sowie für Integration ist gut und richtig. Die Vorgabe des geldgebenden Ministeriums in Berlin hinsichtlich der geforderten Partnerschaften für Demokratie wurden so hier nicht umgesetzt. Es heißt dort „In diesen ‚Partnerschaften für Demokratie‘ kommen die Verantwortlichen aus der kommunalen Politik und Verwaltung und Aktive aus der Zivilgesellschaft zusammen.“ Die Zusammensetzung des Begleitausschuss trug dieser Forderung nicht Rechnung. Man wollte auch keinen Vertreter der Muslime im

Gremium haben – angeblich aus Effizienzgründen, um dann kurze Zeit später den Kanzler der Hochschule nachzunominieren. Herr Stadtratskollege Hohenberger: Sorge um die Demokratie geht viel weiter als wie das enggefasst in diesem Programm gelebt wird.

Fraktionszwang

Die Sorge beginnt auch da, wenn wir immer wieder erleben dürfen, dass offensichtlich ein Teil in einer Fraktion den Rest zu Fraktionszwang vergattert, damit ohne echtes Ringen im Stadtrat oder in einem Ausschuss dann daraus eine Mehrheit wird, die vielleicht insgesamt gar nicht da wäre! Das von uns beantragte Nachfahrverbot in der Pfleggasse mag dazu ein konkretes Beispiel sein. Ja, Herr Hohenberger, da bin ich frustriert und zwar durch Sie und das Verhalten in Ihrer Fraktion! Ich empfehle die regelmäßige Lektüre der § 4 Satz 1 unserer Geschäftsordnung:

„Die Stadtratsmitglieder üben ihre Tätigkeit nach ihrer freien, nur durch die Rücksicht auf das öffentliche Wohl bestimmten Überzeugung aus und sind an Aufträge nicht gebunden.“

Wir bei den Freien Wählern halten uns daran – und dann wird uns das wie bei den verschiedenen Meinungen beim Bürgerbegehren auch noch vorgehalten!

Genau betrachtet kann ich mich nur an zwei Gelegenheiten im Stadtrat in den letzten eineinhalb Jahren erinnern, wo das definitiv nicht so war: Ich sprach damals von einer Sternstunde des Stadtrats, als hier im Plenum durch die verschiedenen Redebeiträge von allen Fraktionen auf einmal die Lösung beim Fischerdorfer Bürger- und Vereinsheim für die Glasbausteine von Herrn Strasser sich begann abzuzeichnen. Das zweite Mal war dann, als Kollege Gück sich der einheitlichen Abstimmung dadurch entzog, dass er erfolglos bei der Satzung für die Anleinplicht von Hunden für einen größeren Radius um Kinderspielplätze votierte. Das waren dann aber schon die einzigen beiden Beispiele, die mir dazu einfallen.

Demokratische Kultur vs. Tatmenschen Demokratische Debatte und die Spielregeln der Parlamentskultur sind mühsamer als die Aktionen von Tatmenschen und fertige Pläne in den Schubladen, die auch in diesem Hause als angeblicher Glücksfall beschworen werden.

Transparenz

Im Oberbürgermeisterwahlkampf 2012 haben Sie Herr Oberbürgermeister auch von Transparenz gesprochen. Nach unserer Einschätzung sind das aber Lippenbekenntnisse gewesen. Denn, wenn immer es um Transparenz hier geht, dann fahren Sie alle Geschütze auf, um echte Transparenz zu verhindern. Die richtige Initiative der Grünen, die wir gerne unterstützt haben, nämlich Verwaltungsvorlagen für öffentlich zu verhandelnde Tagesordnungspunkte vorab ins Internet zu stellen und damit transparent für alle Bürger zu machen, wurde von Ihnen und der CSU abgelehnt. Grenzwertig empfand ich, dass mehr oder weniger damit gedroht wurde, dass es dann unter Umständen keine detaillierten Vorlagen für die Stadträte mehr geben könnte. Die SPD hat sich dadurch leider einschüchtern lassen.

Informationsfreiheitssatzung

Damit nicht genug: Sie setzen noch eines drauf: Wir hatten angekündigt für Deggendorf eine Informationsfreiheitssatzung zu beantragen. Noch ohne Antrag und daher selbst aus Ihrer Sicht ohne Not setzen Sie prophylaktisch im September einen entsprechend ablehnenden Beschlussvorschlag auf die Tagesordnung des Stadtrats. Statt allen Bürgern das Recht einzuräumen zu allen Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises der Stadt hier Informationsfreiheit zu gewähren, schieben Sie angebliche Verwaltungsbürokratie und die Illusion vor, man bekäme bei unserer Verwaltung sowieso alles an Informationen, was ein Bürger wolle, um das ablehnen zu lassen. Der Gipfel der Absurdität wird aber erreicht, wenn Sie, weil Sie offensichtlich alles unter Kontrolle haben wollen, intern die Losung ausgeben, dass sogar wir als Stadträte nicht die Informationen bekommen, die wir benötigen, wenn die

Anfragen von uns nicht über Ihr Büro laufen. Die Ablehnung ausgerechnet am Tag der internationalen Informationsfreiheit zeigt für uns, dass hier in weiten Kreisen des Stadtrats die Zeichen der Zeit nicht erkannt werden.

Abwägungen bei der Bauleitplanung

Noch ein ganz anderes Defizit bei der Bauleitplanung sei herausgestellt. Das ist besonders wichtig, da Herr Kollege Linsmaier das Jahr 2016 als Jahr des Flächennutzungsplans ausgerufen hat. Wir haben das letzten Montag zum wiederholten Male kritisiert: Mit dem Entwurf der Abwägungen zu den Stellungnahmen der Träger der Belange öffentlicher Interessen und der Bürger werden ausgerechnet zumeist die Architekten der Antragsteller selbst betraut. Herr Strasser fühlte sich dadurch sofort angegriffen und verwahrte sich gegen den Vorwurf, man würde seitens des Bauamtes die Entwürfe nicht auf Neutralität prüfen und meinte schließlich „Wir lassen uns die Planungshoheit nicht streitig machen.“ Die Planungshoheit hat die Stadt – und um die geht es hier! Die hat aber nicht das Bauamt, sondern wie Herr Strasser zutreffend sagte, über die Abwägung entscheidet der Stadtrat. Die Bauverwaltung setzt sich aber dem Verdacht aus, dass die Neutralität nicht genügend Gewicht bekommt, wenn sie weiter dies von uns kritisierte Verhalten pflegt. Es ist ein Irrtum zu glauben, man könnte Kosten und Personalaufwand auf den Bauträger abwälzen, indem das Bauamt seine Aufgaben von diesen erfüllen lassen und ihm dabei etwas über die Schulter schauen. Das wäre so, als würde ich mir das Korrigieren der Semesterklausuren bei den Studenten sparen und die Studenten selbst ihre Klausuren bewerten lassen und ihnen dabei etwas über die Schulter schauen! Die öffentlichen Interessen müssen mit dem eigenen Personal des Bauamtes wahrgenommen werden und das darf nicht auf die Bauträger delegiert werden! Andernfalls passiert genau das, was Herr Strasser nämlich nicht will: die Planungshoheit der Stadt wird aus den Händen gegeben! Herr Oberbürgermeister, es ist nicht akzeptabel, dass Sie das weiter dulden und wir erwarten hier Ihre konkreten Vorgaben an die Bauverwaltung. Gerne können wir überlegen, ob das Bauamt personelle Verstärkung dazu benötigt.

Resümee

Ich ziehe das Resümee meiner Ausführungen zu den konkreten Zahlen des Haushaltsentwurfs und zu Aspekten der Kommunalpolitik in dieser Stadt.

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, die Fraktion der Freien Wähler wird dem vorgelegten Haushalt für 2016 – nicht – **wegen** Ihrer Politik Herr Oberbürgermeister, einige Defizite habe ich aufgezeigt, sondern sie wird diesem Haushalt – **trotz** ihrer Politik zustimmen!

Hoffnung auf Erkenntnisse

Aber wir verbinden mit diesem Signal auch die starke Hoffnung, dass bei der Mehrheitspartei im nächsten Jahr die Erkenntnis wachsen möge, dass nicht alles, was von dort angeregt wird, nur automatisch deshalb gut ist, weil man eine sichere Mehrheiten hat und man deshalb es nicht für nötig befindet sich in ernsthaften Dialog im Stadtrat und den Ausschüssen mit den von den Bürgerinnen und Bürgern entsandten Stadträten anderer Parteien zu treten, was insgesamt am besten für die Entwicklung unserer Stadt ist.

Die Erfahrung hat uns leider bisher genau das gelehrt!

Wir verbinden mit diesem Signal aber auch die starke Hoffnung, dass bei der Mehrheitspartei in nächsten Jahr die Erkenntnis wachsen möge, dass nicht alles, was von uns und von anderen kommt, nur automatisch deshalb schlecht und abzulehnen ist, weil wir in der Minderheit sind.

Die Erfahrung hat uns leider bisher genau das gelehrt!

Das zu erkennen wäre ein wichtiger Schritt für ein künftiges Miteinander in der gemeinsamen Aufgabe der Gestaltung der Stadtpolitik zum Wohle der Stadt Deggendorf und ihren Bürgerinnen und Bürger.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.